



Kleine Anfrage

des Abgeordneten Kianusch Stender (SPD)

und Antwort

der Landesregierung – Der Minister und Chef der Staatskanzlei

Vom Bürger her denken – Positionspapier der Bürgerbeauftragten der Länder zur Digitalisierung in der Verwaltung – Teil II

Vorbemerkung des Fragestellers:

Bezugnehmend auf die Beantwortung der kleinen Anfrage mit der Drucksache 20/3425 ergibt sich weiterer Nachfragebedarf:

1. In Antwort eins der Drucksache 20/3425 heißt es: *Die Landesregierung ist explizit nicht die in der Stellungnahmen vertretenen Auffassung, dass die unterschiedlichen Zuständigkeiten zwischen Bund, Ländern und Kommunen eine koordinierte Digitalisierung erschweren (...).*

Die Bürgerbeauftragten der Länder stellen hingegen fest:

Es braucht eine Digitale Gesamtarchitektur der Verwaltungen, in der Insellösungen überwunden, einzelne Leistungen vernetzt aufgebaut und effizient von möglichst vielen Einheiten genutzt werden. Es muss zueinander passen. (...) Komplexe föderale Strukturen führen zu unterschiedlichen Zuständigkeiten zwischen Bund, Ländern und Kommunen und somit zu

uneinheitlichen Lösungen und verhindern damit eine koordinierte Digitalisierung.¹

Wie passt die Aussage der Landesregierung mit der Aussage der Bürgerbeauftragten der Länder zusammen und wie begründet die Landesregierung die stark abweichende Position? Hält die Landesregierung es nicht für notwendig, Insellösungen abzulösen? Bitte um Erläuterung.

Antwort:

Das Land Schleswig-Holstein hat in den vergangenen Jahren umfassend Prozesse und Infrastrukturen zur Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung des Landes und der Kommunen realisiert. Dieses Vorgehen beinhaltet zugleich eine zentrale Landesfinanzierung der digitalen Infrastrukturen die auch durch die Kommunen genutzt werden können. Die Landesregierung hat damit aktiv dazu beigetragen, Insellösungen abzubauen. Auch deutschlandweit gibt es mit dem Aufbau der Gemeinsamen Unternehmenskonto (MUK), der zentralen Behördenrufnummer 115 und dem Portalverbunds-Online-Gateway (PVOG) standardisierte Angebote, die Insellösungen entgegen wirken und die im Land Schleswig-Holstein zum Einsatz kommen.

2. In Antwort eins der Drucksache 20/3425 stellt die Landesregierung fest:
Insgesamt lassen sich aufgrund der eher sehr allgemein gehaltenen Aussagen kaum konkret verwertbare Ableitungen ziehen.

Welche Ableitungen/ Lösungsvorschläge zieht die Landesregierung aus den Anregungen im Positionspapier zugunsten von Bürgernähe bei digitaler Verwaltung sowie zugunsten von Entlastungen der Beschäftigten?

Antwort:

Das Positionspapier bestärkt die Landesregierung die bereits begonnenen und bereits etablierten Standardisierungsbemühungen zwischen Land und Kommunen fortzusetzen, wie oben ausgeführt.

3. Wie positioniert sich die Landesregierung zu folgender Aussage der schleswig-holsteinischen Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten Samiah El Samadoni?

¹

https://www.diebuengerbeauftragte.rlp.de/wp-content/uploads/2025/06/20250617_Positionspapier_Digitalisierung_AG_der_Buergerbeauftragten_derLaender.pdf

*Gleichzeitig müssen wir aber sicherstellen, dass trotzdem jede Person auch auf herkömmlichem Wege persönliche Unterstützung erhält und analog mit dem Staat kommunizieren kann.*²

Antwort:

Mit der umfassenden, medienbruchfreien und durchgängigen Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung werden Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen in die Lage versetzt, zeit- und ortsunabhängig mit den Behörden des Landes und der Kommunen zu interagieren. Nicht nur für Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen werden damit die Hürden des Zugangs zur öffentlichen Verwaltung maßgeblich reduziert. Das Land reagiert damit ebenfalls auf die berechnete Erwartungshaltung der Öffentlichkeit an eine moderne staatliche Verwaltung, wie dies in anderen gesellschaftlichen Bereichen bereits die Regel ist. Mit den Vorschlägen der Landesregierung im Gesetz zur Beschleunigung der Digitalisierung, das sich derzeit in der Anhörung befindet, werden die Überlegungen der Bürgerbeauftragten umgesetzt. Die Landesregierung sieht sich daher durch das genannte Positionspapier bestärkt in ihren Vorschlägen.

² www.ltsh.de/pressticker/2025-06/20/10-27-04-093b/PI-aFUbWak7-lt.pdf